

Haushaltsrede Freie Wähler HH Plan 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frey,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Jahr für Jahr wird die Lage des städtischen Haushaltes in unseren Haushaltsreden als schwieriger bezeichnet, die Planung defizitär, die Mittel als unzureichend und die Steuerkraftsumme als zu gering beklagt. Und das wiederkehrend durch alle Fraktionen.

Sicher, finanzielle Mittel kann man auch als Kommune nie zu viel haben. Und wer nicht jammert dem wird nicht geholfen. Es sind immer genug Wünsche, Anregungen und Erwartungen aus unserer Bevölkerung vorhanden, die alle, mehr oder weniger, Finanzmittel zur Erledigung und Erfüllung benötigen. Hinzu steigen die Löhne, die Energiekosten und Sachkosten und auch die von Bund und Land versprochenen Dinge müssen auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Sei es Klimaschutz, Kinderbetreuung, Digitalisierung oder, oder, oder...

Alles soll in irgendeiner Form in unserem städtischen Haushalt abgebildet werden. Abgebildet werden muss aber auch die Finanzierung dieser Ansprüche. Aber wer soll es bezahlen?

Laut einer Umfrage des Städtetages planen 87% aller teilnehmenden Kommunen mit einem negativen ordentlichen Ergebnis für das Jahr 2025. So veröffentlicht im Südwestrundfunk am 08.01.2025. Das waren 22 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor, als aus der gleichen Gruppierung 75 % eine so schlechte Haushaltslage meldeten. Dies zeigt, dass die Situation wirklich besorgniserregend ist, und zwar nicht nur für den Friedrichshaller Stadtsäckel.

Es zeichnet auf, dass sich ein Fehler im System aufbaut. Kein Friedrichshaller Fehler – eventuell hervorgerufen durch Misswirtschaft oder Verschwendungssucht in unserer Verwaltung oder im Gemeinderat. Nein, der Fehler oder die Entscheidungen, die dazu führen, wurden woanders getroffen.

Laut dem Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) werden die Kommunen von steigenden Ausgaben und wachsenden Aufgaben "schier erdrückt". Als Gesetzgeber dürfen der Bund und das Land die Aufgabenlast der Kommunen nicht beständig erhöhen, ohne dass den Städten und Gemeinden die damit verbundenen Kosten auch nur annähernd erstattet werden. "Es kann

nicht sein, dass die Kommunen mehr als 25 Prozent des öffentlichen Haushalts tragen, dafür aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen erhalten."

Ein Fehler der sich meines /unseres Erachtens durch Politik und Gesellschaft schleicht. Es werden Forderungen gestellt, die keiner bezahlen kann und will, es werden Entscheidungen getroffen bei denen über Finanzierbarkeit – insbesondere die dauerhafte Finanzierbarkeit - offensichtlich keine Gedanken verschwendet werden. Es werden Versprechen gemacht und umgesetzt, zu Lasten aller Steuerzahler, denen jegliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit fehlt. Zumindest der Sinn für unsere Mitbürger sollte erkennbar sein, für die wir hier vor Ort Verantwortung übernehmen sollen.

Am Ende, wenn alle Versprechen, Erwartungen und Wünsche umgesetzt sind, dann merken wir das wir unsere Straßen nicht reparieren können und die Heizung der Sporthalle nicht instandgesetzt wird.

Dies ist ein, für die Freien Wähler Bad Friedrichshall e.V., ungewöhnlicher Ausflug in die große Politik. Wir haben uns, laut unseren Vereinsstatuten, eigentlich für die Aufgaben unserer Stadt Bad Friedrichshall verschrieben. Der Einfluss von Bund und Land und das Aufweichen der sogenannten Konnexität (wer bestellt - bezahlt) zwingt uns allerdings nun doch über den Tellerrand hinauszuschauen.

Eine Zahl aus dem aktuellen Haushalt zeigt beispielhaft dieses Aufblähen. 2020 hatten wir noch mit Personalkosten i.H. von 13,8 Mio. EUR geplant. 2025 stehen knapp 18,8 Mio. EUR im Haushalt. Geschuldet sicherlich teils kräftiger und sicher auch inflationsbedingt berechtigter Lohnerhöhungen., aber auch einem Aufblähen der Verwaltung durch immer mehr Aufgaben und Bürokratie. Wärmeplanung, Klimaschutz, Integration, Bauüberwachung, Datenschutz, Schulsozialarbeit und Umweltschutz. Alles wichtige und relevante Themen. Aber können wir alles vor Ort leisten? Können wir alles vor Ort ändern? Und können wir dies alles auch auf Dauer bezahlen?

Im Jahr 2024 haben wir schon sehr kräftig gegengesteuert und mit der Einführung unserer „Haushaltsstrukturkommission“ eine Arbeitsgruppe geschaffen, die uns bei Einsparungen und Haushaltsdisziplin berät bzw. vorarbeiten soll. Diese haben wir als Freie Wähler von Anfang an unterstützt – nach dem Motto: es gibt keine heiligen Kühe, und was nicht geschlachtet wird, sollte zumindest auf Melkbarkeit untersucht werden.

Es sind viele unliebsame Themen angesprochen worden, die selbstverständlich bei allen Betroffenen, seien es Vereine, Sachgebierten oder Trägern zuerst

Ablehnung, Unverständnis und Infragestellung hervorgerufen haben. Weitere, sicher oftmals zuerst auch unbequeme Gespräche haben gezeigt, dass man mit der Zeit, zumindest teilweise auch Verständnis bekam. Es wurden und werden vielleicht auch Gedanken angestoßen. Denn nach der Devise – einfach weiter so, Augen zu und durch-, werden wir die Situation nicht lösen. Entweder das Motto mit den „Kühen“ oder unser städtischer Haushalt fährt mittelfristig an die Wand!

Dieser Weg des Einkürzens und Hinterfragen von „Freiwilligkeitsaufgaben“ unserer Stadt wurde aber erst begonnen. Wenn wir in Zukunft uns wieder für mehr Handlungsspielraum freischwimmen wollen, wird uns die Haushaltstrukturkommission noch lange begleiten.

„Der Schuldenberg wächst - fast jede Kommune in BW wird 2025 wohl neue Schulden machen.“ Dies war die Überschrift des eingangs zitierten Artikels des SWR. Zum Glück noch nicht in Bad Friedrichshall.

Wir werden, wenn alles glatt läuft, 2025 sogar unsere Schuldenlast durch reguläre Tilgungen reduzieren.

Mittelfristig werden wir allerdings bis 2028 Darlehen von maximal 10 Mio. EUR zur Finanzierung der investiven Maßnahmen benötigen. Dies ist die magische Zahl, auf die wir uns bei der Planung konzentriert haben. Dies 10 Mio. wollen wir nicht überschreiten, um zukünftige Haushalte durch ausufernde Zins- und Tilgungsleistungen nicht zu sprengen. Dies ist unsere definierte kommunale „Schuldenbremse“.

Unsere Baumaßnahmen und Investitionen reduzieren sich, aufgrund der schwierigen Finanzierung, nicht mal auf das Notwendigste. Nein, wir führen im Jahr 2025 nur das Begonnene und Angeschobene der vergangenen Jahre fort. Dies zeigt ein weiteres Mal, dass das Jammern und Wehklagen um unsere Finanzen leider wirklich Substanz hat.

Lindenberghalle, Stadtbahnhaltestelle sowie ein bisschen Straßenbau und Überflutungsschutz beziehungsweise Starkregenmanagement. Das sind die einzigen Baustellen, die unsere Stadt im kommenden Jahr beschäftigen werden.

Alles andere wie Sportplätze, Kindergartenrenovierungen und Neubauten, Erweiterung Ganztagesbetreuung, diverse Fahrzeuge und mehr, all dies wurde auf Eis gelegt. Wir wollen und werden niemanden vergessen, auch keine Sporthalle in Untergriesheim, kein Kindergartenanbau in Duttenberg oder kein Sonnensegel auf dem Spielplatz im Plattenwald, aber solange keine Mittel in

Sichtweite sind, die helfen diese Dinge zu finanzieren, müssen wir diese Begehrlichkeiten im Berg der nicht finanzierbaren Wünsche vor uns herschieben.

Dieses Verschieben gestaltet sich 2-fach schwierig. Zum einen, der berechnete Unmut unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die auf viele Dinge teils schon lange warten. Zum anderen ist mit diesem Verschiebebahnhof unserer Investitionen ja nichts gespart! Die Investitionen müssen irgendwann kommen. Und dies dann zusätzlich mit durchgehend höheren Preisen und Kosten in der nahen oder fernen Zukunft.

Es wird uns alles wieder einholen.

Ebenso der Standort einer Obdachlosenunterkunft, ein kaputtes Grundschuldach im Plattenwald oder eine geplatzte Rohrleitung in einer unserer vielen Straßen.

Wichtig ist allerdings momentan, dass wir unsere Handlungsfähigkeit behalten. Das ist Sinn und Zweck unserer kargenden Haushaltsplanung. Dies erzwingt ein weiteres konsequentes Abarbeiten der Themen unserer Haushaltsstrukturkommission. Auch bei Gegenwind, im Interesse aller Beteiligten und das Suchen nach weiteren Möglichkeiten, wo unsere Stadt wirtschaftlicher unterwegs sein kann.

Ein wichtiger Ansatz sollte in Zukunft die NACHHALTIGKEIT sein. Nachhaltig im Sinne: Was ist der Mehrwert für unsere Stadt, für unsere Bürger und für unsere Gesellschaft. Nachhaltig im Sinne: ist es auch das Wert, was es verspricht, gibt es versteckte Kosten oder ist es nur verpackt in schöne Worte wie Ökologie, Klimaschutz oder sonstiger Schlagworte, die keine Gegenwehr dulden.

Bitte verstehen Sie mich / uns nicht falsch. Ich, und auch wir die Freien Wähler, stehen voll und ganz für den Erhalt unserer Natur und Kulturlandschaft. Wir wissen von der Klimaerwärmung und dass uns diese vor riesige Aufgaben stellt. Ebenso sind nahezu alle unsere Mitglieder in sozialen Bereichen engagiert.

Doch muss trotz allem hinterfragt werden dürfen, ist der ökologische, nährstoffarme Staudengarten sinnvoll, der trotz Förderung, Schulung und viel Nacharbeit unsere Stadt dann in Summe mit 50 TEUR belastet. Oder passt auch die Blumenwiese für 1000 EUR. Wir können das Geld unserer Kommune nur einmal ausgeben. Dann ist es weg. Von daher muss es sehr wohl überdacht sein, nach dem oben bereits genannten Motto: Nachhaltig? Hat es einen Mehrwert für unser Stadt?

Dieses kritische Hinterfragen ist die grundlegende Aufgabe des Gemeinderates als „Aufsichtsrat“ der Stadt. Dies ist wichtig und notwendig. Und man darf niemand deswegen in Schubladen schieben!

Dies gilt genauso beim Hinterfragen des Stellenplanes. Wenn das Geld fehlt, ist die Anmerkung hier kleinere Brötchen zu backen, berechtigt und hat überhaupt nichts mit der Leistung der bisherigen Belegschaft zu tun.

Da die noch nicht abgeschlossenen Tarifverhandlungen werden ihr Übriges dazu tun um dieses Thema nochmals aufarbeiten zu müssen.

Am Beispiel der Lindenberghalle sehen wir, wie unsere Stadt durch Bürokratie und Gutmenschentum beschäftigt und finanziell gefordert wird. Diese Großinvestition - einst von uns Gemeinderäten wohlwollend beschlossen – es stand eine hohe Fördersumme im Raum - ist nun ein Projekt, das uns laut Planung 17,9 Mio. EUR kosten soll (bei einer Fördersumme von 3 Mio. EUR!?!)

Von dieser Projektsumme sind allein über 4,2 Mio. EUR nur Baunebenkosten. Hinzukommen die städtebauliche Entwurfsplanung, Architektenwettbewerb, Umweltbericht, Untersuchungen vom Landesdenkmalamt oder Lärmgutachten und vieles mehr.

Dies sind über 35 % der Bausumme. Früher regte sich der Gemeinderat über Baunebenkosten i.H. von 10 % auf. Die Wertschöpfung eines Bauwerkes passiert heute vornehmlich am Schreibtisch und nicht mehr auf der Baustelle. Ebenfalls ein System, das an vielen Stellen auf Nachhaltigkeit- also den Wert für die Gesellschaft - hinterfragt werden sollte.

Mein diesjähriger Kommentar schweift leider immer wieder in Sphären ab, die vielleicht nicht direkt von uns in Bad Friedrichshall zu beeinflussen sind.

Wenn wir als Gemeinderäte allerdings unser Haushaltsentscheidungen, unsere Verwaltung, unsere Pflicht- und Freiwilligkeitsaufgaben hinterfragen, stoßen wir auf solche Problematiken. Dinge, die irgendjemand in Berlin, Stuttgart oder sogar Brüssel sicher wohlwollend entworfen hat, die aber hier an der Basis völlig an der Realität vorbeigehen. Dinge, die uns Geld kosten, welches wir mit kommunalem Sachverstand vor Ort besser und sinnvoller einsetzen könnten.

Der Rundumschlag in die große Politik ist vielleicht auch dem geschuldet, dass es, wie eingangs erwähnt, nicht viele Projekte, mangels Finanzierbarkeit, in diesen Haushaltsplan geschafft haben. Ein Nachjammern, nach dem was gestrichen wurde, ändert nichts. Wir sind uns dieser aufgeschobenen Aufgaben

trotzdem bewusst, müssen aber zuerst den finanziellen Spielraum schaffen, um wieder mehr in Bad Friedrichshall gestalten zu können.

So bleiben wir im Krisenmodus, ob Pandemie vor kurzer Zeit oder jetzt Gaskrise, Inflation, Krieg in Nahost und in Europa, Regierungskrise und aktuell die Neuwahlen in Berlin.

Wir werden weiter von außen, wie von innen, mit Problemen gefordert werden, auf die wir, dem ersten Anschein nach, keinen Einfluss haben, dann aber mit allen Möglichkeiten und Ideen reagieren müssen.

Es braucht vielleicht für die Zukunft unserer Kommune wieder etwas mehr von:

- nicht fragen, was kann meine Stadt für mich tun, sondern, was kann ich für meine Stadt tun. (frei nach Kennedy)

- und etwas weniger von: wenn jeder an sich denkt ist an alle gedacht?!?

Eine Gemeinschaft, die sich gegenseitig ergänzt, ist um ein Vielfaches wertvoller als ein Konkurrenzkampf unter Egoisten!

Hiermit bedanke ich mich bei allen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Beginnend hier im Ratssaal bei meinen Kolleginnen und Kollegen, der Verwaltung mit BM-Frey an der Spitze für die Zusammenarbeit, das Anpacken der Probleme und die konstruktiven Diskussionen zum Wohle unserer Stadt. Danke an Alexander Preuss mit seinem Team, der hier eine schwierige Haushaltsplanung auf den Weg gebracht hat und in der Haushaltsstrukturkommission stets die Unheiligkeit der Kühe mit aufrechterhielt. Danke an alle Mitarbeiter der Stadt, im Rathaus, den Kindergärten, dem Bauhof oder in sonstigen Außenstellen. Ich bedanke mich bei allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich engagieren, sei es bei unserer Feuerwehr, beim DRK, in den Vereinen und Glaubensgemeinschaften oder auch mal spontan beim Inklusionskaffee oder beim Stadtputztag. Es gibt viele Situationen, in denen man mithelfen bzw. unterstützen kann, die so unsere Gemeinschaft auch wertvoller machen.

Ich wünsche uns allen ein gutes Durchkommen mit unserer Haushaltsplanung durch das Jahr 2025 und hoffe, dass wir die Einspardisziplin durchhalten, um wieder mehr Freiräume auch für Wünsche in unser Stadt bekommen.

Danke Ihnen Allen

Andreas Friedauer, für die Freie Wähler Bad Friedrichshall e.V.

Es gilt das gesprochen Wort.